

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868

31.12.1868 (No. 309)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 31. Dezember.

N. 309.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Postzeitung oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Credition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

Auf das mit dem 1. Januar beginnende erste Quartal der Karlsruher Zeitung mit der Badischen Chronik, welche von 1869 an in direkter Verbindung mit dem Hauptblatt täglich erscheinen wird, nehmen alle Postämter Deutschlands und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühr eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 3 kr.

Unsere auswärtigen H. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Abonnirungen bei den groß. Postexpeditionen mit Ende Dezember ablaufen. Wir ersuchen deshalb, damit keine Unterbrechung im Bezug eintritt, dieselben baldmöglichst bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† **Wien, 29. Dez.** Die heutige „Presse“ meldet, die Existenz eines griechischen Rundschreibens konstatirend: Das griechische Kabinet sei bereit gewesen, auf den von allen Mächten unterstützten Theil der türkischen Beschwerden einzugehen, wovon auch der türkische Gesandte verständigt worden sei. Trotzdem seien die türkischen Forderungen in Form eines Ultimatum wiederholt worden, weshalb auch die griechische Regierung nur eine ablehnende Antwort geben konnte.

Wie die „N. Fr. Presse“ erfährt, soll mit Neujahr die Umwechslung verschiedener Titel der österreichischen Staatsschuld in einheitliche Rentenschuld-Titel beginnen.

† **Konstantinopel, 28. Dez.** Die Pforte hat die Konferenz unter der Bedingung angenommen, daß die Diskussion auf die 5 Punkte des türkischen Ultimatum beschränkt werde. — Der griechische Dampfer „Enosis“ befindet sich noch im Hafen von Syra.

† **Konstantinopel, 29. Dez.** Die Pforte erhielt Nachricht, daß sich der griechische Insurgentenführer Petropolaki mit dem Rest der Freiwilligen auf Kreta ergeben hat.

Deutschland.

Altenburg, 28. Dez. Das am 24. d. M. ausgegebene Gesetzblatt enthält eine Ausführungsverordnung zu dem Bundesgesetz vom 4. Juli d. J. über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Als Genossenschaftsregister wird hiernach das für den Gerichtsbezirk jeder Zivilgerichtsbehörde bereits eingeführte Handelsregister dergestalt mit benützt, daß das Genossenschaftsregister eine besondere Abtheilung desselben bildet. — Der Landtag hat die Vorlage um Aufhebung des Konfiskationsgesetzes genehmigt. Ein Theil der Geistlichkeit soll beabsichtigen, die Agitation gegen das Gesetz fortzusetzen, da sie der Ansicht sind, das Gesetz bedürfe der Zustimmung der Synode.

Griechenland.

In diesem Augenblick, wo die griechisch-türkische Frage brennend geworden, mag es wohl am Platze sein, in unparteiischer Würdigung der tatsächlichen Zustände einen Blick auf die Nationalitätsverhältnisse des Orients zu werfen.

Vor etwa zwei Jahren begann der Aufstand auf Kreta. Wäre die Insel in einigen Theilen nicht für regelmäßige Truppen schwer zugänglich, und hätten die Insurgenten nicht aus Griechenland und Rußland gelegentlich Zufuhr an Mannschafft und Waffen erhalten (der griechische Minister Deljanis gestand es neulich selbst ein), so wäre die Erhebung gewiß längst niedergeschlagen. Die Nationalitätszustände auf Kreta sind nicht derart, daß das Hellenenthum dort auf allgemeine Zustimmung rechnen kann. Die Mehrzahl der Einwohner gehört wohl dem griechischen Stamme an. Allein neben ihr wohnt eine beträchtliche Anzahl Türken, die sich fleißig mit dem Ackerbau beschäftigen und sich, da ihre Vorfahren bereits vor zwei Jahrhunderten auf der Insel erschienen, vollkommen als berechtigte Eingeborene betrachten.

Außer Griechen und Türken leben auf Kreta auch noch Armenier und Abaditen; die letzteren von arabischem Ursprung. Mit den sog. „Franken“ zusammen bilden diese verschiedenen Bevölkerungstheile eine ziemlich bunte Mischelart. Die Armenier halten sich entweder neutral, oder sind der türkischen Herrschaft zugeneigt, unter der sie volle Duldbarkeit genießen. Die Abaditen sind ein räuberisches Volk, das für Freund und Feind, je nach Umständen, unangehen werden kann. Daraus ergibt sich sofort, daß die hellenische Sache nicht diejenige Stärke auf der Insel hat, die den Russen zum Rückzug veranlassen müßte.

Die griechische Nationalität im Königreiche selbst ist noch keineswegs so geehrt, wie wohl gewünscht werden möchte. Die Bemühungen, aus den noch vorhandenen Bruchstücken griechischen Volkthums eine neue Nation aufzubauen, verdienen alle Anerkennung. Aber die

Dresden, 27. Dez. (Sch. M.) Der vor einigen Tagen erfolgte Veröffentlichung des neuen Wahlgesetzes zur Zweiten sächsischen Kammer werden die Vorbereitungen für die zum Frühjahr in Aussicht genommenen Neuwahlen auf dem Fuße folgen. Seitens der politischen Parteien ist dieser wichtigen Landesangelegenheit bisher noch wenig oder gar keine Aufmerksamkeit geschenkt worden. — Die Verlegung des französischen Gesandten Baron Forth-Rouen in den Ruhestand ist von dem hier erscheinenden „Bulletin international“ mit besonderem Wohlgefallen aufgenommen worden, da derselbe dem welschen Blatt keine Unterstützung für seine agitatorischen Zwecke angedeihen lassen wollte. Ob sich die Prophezeiung des Bulletin, daß dieser Gesandtenwechsel mit einer preusseneindlichen Schwärzung der französischen Regierung gleichbedeutend sein würde, erfüllen wird, läßt sich wohl schwerlich aus der Ernennung des Marquis v. Chateauroux zum Gesandten an unserem Hof erkennen. Für den Augenblick ist jede Agitation für eine Politik der angegebenen Art, wie Baron Forth-Rouen, der Freund des Grafen Bunsen, richtig erkennt, bei König und Volk in Sachsen hoffnungslos, und es ist namentlich seit der jüngsten Annäherung des Grafen Bismarck hieselbst ein dem Norddeutschen Bund günstiger Umschwung in der Stimmung selbst der höheren militärischen Kreise bemerkbar.

† **Berlin, 29. Dez.** Wie verlautet, ist die Ratifikation des mit dem Königreich Italien abgeschlossenen Postvertrags in nächster Zeit zu gewärtigen. Wahrscheinlich wird diese Ratifikation morgen erfolgen. — In dem Befinden des Ministers des Innern, Grafen zu Euleuburg, zeigt sich ununterbrochen eine fortschreitende Besserung. Allen Anzeichen nach wird der Minister in wenigen Tagen wieder vollständig hergestellt sein. — Für den Landtag sind binnen kurzem noch mehrere Vorlagen zu erwarten. Unter denselben befindet sich der schon mit den Kommunalständen des Regierungsbezirks Kassel berathene Gesetzesentwurf wegen Erweiterung der Verwendungszwecke für den ehemaligen kurhessischen Staatsschatz. Bekanntlich sind die Erträge dieses Fonds für die Zwecke der provinzialen Selbstverwaltung in Hessen bestimmt. — Die ständische Kommission in Schleswig-Holstein, welche zur Führung von Vorverhandlungen über die Bildung eines schleswig-holsteinischen Provinzialfonds gewählt ist, wird demnächst vom Oberpräsidenten zur Aufnahme dieser Verhandlungen einberufen werden. — Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin sind gestern von Dover aus in Calais gelandet. Morgen werden dieselben hier eintreffen. Der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen kommt heute Abend von Düsseldorf in Berlin an. — Graf Bismarck ist gestern Abend auf zwei Tage zum Grafen Schimmelpennin nach Holstein gereist.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 29. Dez. Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht eine Kundmachung des Finanzministers, betreffend die Modalitäten der Hinausgabe von Obligationen der einheitslichen Staatsschuld. Der „N. Fr. Presse“ zufolge beginnt die Conversion bereits am 2. Jan. — Die Bankdirektion beschließt, ohne Rücksicht auf das Vorgehen des Finanzministers, die Banktragnisse mit 7 Proz. in die Bilanz einzustellen. — Die „Presse“ meldet: Die griechische Regierung sucht in einer Zirkulardepesche an ihre Vertreter nachzuweisen, daß sie in der Note an Photiades Bey bereits am 8. Dez. sich

Schwierigkeiten sind groß; und wenn der ungeheuerliche Gedanke gepflegt wird, den ein konservatives englisches Blatt dem Grafen Bismarck zuschreibt, nämlich ein „byzantinisches Reich, mit Konstantinopel als der Hauptstadt“, wiederherzustellen, so muß jeder mit den Verhältnissen näher Vertraute über diese Verkennung der tatsächlichen Zustände lächeln. Eine griechische Oberherrschaft auf dem „Älyrischen Dreieck“, wie Hallmeyer es nannte, ist das Allerletzte, was die dortigen Bevölkerung dulden würden. Die griechische Nationalität ist in der That die schwächste im Orient, und beliebt ist sie vollends nicht.

Selbst mit den erst vor kurzem an Griechenland abgetretenen Ionischen Inseln hat das Königreich jetzt nur 1,400,000 Einwohner. In der europäischen Türkei, die im Ganzen 16,000,000 hat, zählen die Griechen bloß 1,000,000, und diese wohnen außerdem über die einzelnen Provinzen des Reiches hin vertheilt. Dasselbe ist mit der weiteren Million Griechen in der asiatischen Türkei der Fall. Alle anderen Stämme, die Rumänen, die Bulgaren, die Slaven, ja selbst die Albanesen, überragen die griechische Nationalität innerhalb der europäischen Türkei an Zahl. Selbst in Epirus und Thessalien wiegt das hellenische Volkthum keineswegs entscheidend vor. Die Einwohnerzahl daselbst ist theils griechischer, theils albanesischer, theils slavischer, theils wallachischer und anderer Abkunft, nebst ottomanischer Einmischung. Darum hat auch die hellenische Propaganda dort nicht recht Fuß fassen können.

Sprachlich ist das Griechenthum im Königreich noch nicht geeinigt. Der griechische Stamm erhebt sich bekanntlich nach den Völkerveränderungen nur auf den Inseln und auf einem kleinen Theile des Festlandes. Fremde Völkerrassen drangen in das übrige Griechenland ein und gestalteten die Nation vollkommen um. Zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges sprach daher die Mehrzahl des Volkes nicht griechisch, sondern albanesisch, oder eine griechisch-slavische Zwittermundart. Noch jetzt reden große Theile des Landvolkes — sogar bei Athen! — albanesisch. Künstlich mußte die schöne altgriechische Sprache wieder einge-

zu Zugeständnissen in Betreff der Beschwerdepunkte der Pforte bereit erklärt habe. Trotzdem sei, ohne Rücksicht darauf, das türkische Ultimatum erfolgt. Schon deshalb habe darauf nur eine ablehnende Antwort erfolgen können. Die Depesche stellt schließlich die Haltung der griechischen Regierung der Beurtheilung Europa's anheim.

† **Wien, 29. Dez.** Die Konferenzchancen stehen gut. Die Pforte hat keinen Grund, die Verhandlung abzulehnen, nachdem die Basis derselben den in Konstantinopel selbst formulirten befallsigen Erwartungen fast vollständig entspricht, und Griechenland hat, indem es das Ultimatum für überflüssig erklärt, da man in Athen stets bereit gewesen, seine Forderungen zu erfüllen, entschieden den Rückzug angetreten. Der Tag für die Eröffnung der Konferenz steht aber auch heute noch nicht fest; man wird nur sagen dürfen, daß diese Eröffnung, sobald die sämtlichen Mächte formell ihr Erscheinen zugesagt, keinen Augenblick auf sich warten lassen wird.

Eine finanzministerielle Kundmachung leitet heute den Beginn der Operation der Konvertirung der Staatsschuld ein. Für das südliche und südwestliche Deutschland werden die neuen Obligationen in Frankfurt (Rothschild), in Darmstadt (Handelsbank), in Stuttgart (Gebr. Benedict), in Augsburg (Stetten), und in München (Fröblich) ausgefolgt.

† **Berlin, 29. Dez.** Die Honved-Cadres werden demnächst errichtet. Graf Andrássy fordert Honved-Offiziere auf, ihre Dienstverrichtungen bis Mitte Februars einzureichen.

Rumänien.

† **Bukarest, 28. Dez.** In der gestrigen Volksversammlung forderte Brătianu zur schnellsten Bewaffnung Angesichts der von Seiten Oesterreichs und Ungarns drohenden nahen Gefahren auf.

Schweiz.

Basel, 26. Dez. Man schreibt dem „Bund“: Kaum scheint sich eine Verständigung zwischen den Bandfabrikanten und den Arbeitern anzubahnen, so bricht plötzlich bei den Seidenfärbern die Einstellung der Arbeit aus, nachdem sie vor acht Tagen ihr Ultimatum gestellt hatten. In demselben waren etwa 60 Prozent Lohnerbhöhung verlangt worden, außer andern bereits bekannt gewordenen lächerlichen Präsumtionen, wie z. B., daß bei dem durch einen Unglücksfall eintretenden Tode ein Jahr lang der kinderlosen Wittve der volle Lohn bezahlt werden solle; ebenso solle jeder Wittve, welche Kinder hat, der Lohn des verstorbenen Mannes fortentrichtet werden, bis das jüngste Kind das 14. Altersjahr erreicht haben würde. Sämtliche Meister lehnten nach gepflogener Berathung jedes Eintreten mit dem internationalen Verein ab, erboten sich dagegen, mit den Arbeitern ohne fremden Einfluß direkt zu unterhandeln.

Heute (Samstag) gelangte nun ein Schreiben an sämtliche Färbermeister, unterzeichnet vom Präsidenten der vereinigten Färber, Jakob Steffen. Darin berief man sich auf die Thatfache, daß ein Färbermeister seinen Arbeitern erklärt hatte, Diejenigen zu entlassen, welche dem internationalen Verein angehörten, — ein allzu rasches unüberlegtes Wort, von dem er aber gleich darauf zurückgetreten war und sich bloß den übrigen Meistern angeschlossen hatte, so daß jene Drohung dahingefallen war. Immerhin erklärte das Schrei-

führt werden. Deutsche Gelehrte waren es, denen das Verdienst gebührt, dadurch zur Hellenisirung eines Mißvolkes wesentlich beigetragen zu haben. Mit dem Lauf der Jahre schreitet dies Werk mehr und mehr fort; doch wegen des mangelhaften Schulwesens langsamer, als man anfänglich hoffen mochte. Für einen Theil der Einwohnerzahl sind die Bücher und Zeitschriften der Gebildeten noch heute ein fremdsprachiges, unverständliches Erzeugniß.

Diese Thatfachen, über welche mit allgemeinen Redensarten nicht hinwegzukommen ist, lassen es wünschenswerth erscheinen, daß ein so kleines, armes, und, wie oben gezeigt worden, keineswegs innerlich national ganz gefestigtes Volk sich nicht zur Unzeit auf weitgreifende Unternehmungen einlasse, bei denen es vorerst nichts gewinnen kann, während der Fortschritt im Innern eher dadurch zurückgeworfen wird. (Zsch. 3.)

— Der „Wälz. Ztg.“ wird geschrieben: „Ein Artikel der „N. Fr. Pr.“ aus Wien über das Schaufert'sche Lustspiel „Schach dem König“ enthält so irrige Ansichten über die Verbesserungen und Veränderungen, welche das Lustspiel in Wien erlitten mußte, ehe es zur Aufführung reif geworden, daß Sie mir, der das Stück in seiner ursprünglichen Fassung gelesen, gewiß eine kurze Widerlegung gestattet. Man sieht, die H. Kritiker können sich an den glänzenden Sieg des jungen, unbekanntem Dichters noch nicht gewöhnen. An dem Stück selbst finden sie wenig zu tabeln und so rüft ihr größter Vorwurf nicht seine jetzige Gestalt, sondern seine ursprüngliche Anlage. Es sei merkwürdig, daß man gar nicht vermuthen könnte, was in dem gestrichenen Akt vorgegangen sein möchte, noch weniger, der wievielte in der Reihe er gewesen. Dann wird bemerkt: Das beweise, wie los und willkürlich das Stück gefügt war. Das Räthsel löst sich einfach dadurch: Die drei ersten Akte wurden in zwei zusammengezogen. Man fand das Lustspiel zu groß, 2 1/2 Stunden Spielzeit, während für andere Stücke oft drei Stunden und mehr verwendet werden. Zu dieser Veränderung konnte sich der Verfasser lange nicht entschließen, was die Aufführung sehr verzögerte. Ob das Werk dadurch gewonnen, ist sehr zweifelhaft, wenn man bedenkt, daß an dem 4. und 5. Akt 3. und 4. Akt, welche den größten Beifall gefunden und von der Kritik als die dramatisch best gearbeiteten gepriesen werden, nichts verbessert wurde und sie ihre Fassung beibehielten.“

